

Sitzung vom 7. Februar 2001

**187. Anfrage (Qualität und Stellenwert des Staatskundeunterrichts)**

Kantonsrätin Chantal Galladé, Winterthur, und Kantonsrat Luc Pillard, Illnau-Effretikon, haben am 27. November 2000 folgende Anfrage eingereicht:

Der Staatskundeunterricht soll über die politischen Verhältnisse, Rechte und Pflichten informieren sowie das Interesse der Jugendlichen an Politik wecken. Nun ist es leider so, dass der Staatskundeunterricht normalerweise erst in der Sekundarstufe II einsetzt. Vorher wird diese Thematik höchstens dann behandelt, wenn eine Lehrkraft von sich aus dies für wichtig erachtet. So kommt es, dass Jugendliche zu Beginn der Lehre oder des Gymnasiums sehr wenig bis gar keine staatskundlichen Interessen mitbringen. Jugendliche, welche weder eine Lehre absolvieren noch das Gymnasium besuchen, haben somit nie Staatskundeunterricht. Bei Jugendlichen, welche die Berufsschule besuchen, kommt dieser Unterricht oft zu kurz, weil die Priorität bei anderen Fächern gesetzt wird.

Da der Kanton Zürich, wie auch die übrige Schweiz, eine tiefe Stimmbeteiligung der Jugendlichen hat, sind Verbesserungen angezeigt. Der Staatskundeunterricht ist wohl nur eine Massnahme, um die Stimmbeteiligung der Jugendlichen zu verbessern. Natürlich bedarf es weiterer Massnahmen wie aktiver Partizipation und Mitspracherechte bereits im Kindesalter und so weiter.

In diesem Zusammenhang wird der Regierungsrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie schätzt der Regierungsrat die Qualität und den Stellenwert des angebotenen Staatskundeunterrichtes ein?
2. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass ein Zusammenhang zwischen der tiefen Stimmbeteiligung und dem spät einsetzenden und oft vernachlässigten Staatskundeunterricht besteht, der das Interesse an Politik wecken und fördern sollte?
3. Sieht der Regierungsrat weitere Möglichkeiten, dass Interesse der Jugend an Politik zu fördern, und plant er konkrete Massnahmen? Wenn ja, welche? Wenn nein, könnte er sich vorstellen, etwas zu unternehmen?
4. Kennt der Regierungsrat die Gründe für die tiefe Stimmbeteiligung von Jugendlichen, und wäre er allenfalls bereit, eine Untersuchung darüber zu machen?
5. Erachtet es der Regierungsrat als sinnvoll, dass der Staatskundeunterricht erst auf der Sekundarstufe II beginnt?
6. Sieht der Regierungsrat Möglichkeiten, den Staatskundeunterricht schon in einer früheren Schulstufe zu unterrichten oder verbindlich in den Stundenplan einzubauen? Wenn ja, wo und in welcher Form?

Auf Antrag der Bildungsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Chantal Galladé, Winterthur, und Luc Pillard, Illnau-Effretikon, wird wie folgt beantwortet:

Politische Bildung ist im Lehrplan für die Volksschule des Kantons Zürich ein so genannter fächerübergreifender Unterrichtsgegenstand. Seine Ziele und Inhalte sind in andere Fächer integriert. Politische Bildung erfolgt in der gesamten Volksschule; als Ziel wird neben der Vermittlung staatskundlichen Sachwissens vor allem angestrebt, die Gesprächsfähigkeit aufzubauen und zu üben sowie die Wahrnehmung zum Erkennen von Zusammenhängen zu schulen. Der Schwerpunkt des eigentlichen Staatskundeunterrichts mit dem Hauptgewicht bei der Vermittlung von Sachwissen liegt in der Sekundarstufe II. Der Umfang dieses Unterrichts muss sowohl in der obligatorischen Schulzeit als auch in der Sekundarstufe im Verhältnis zur tatsächlichen Unterrichtszeit und dem Umfang des komplexen Bildungsauftrages als angemessen beurteilt werden.

Auf Grund verschiedener Studien muss zur Kenntnis genommen werden, dass das staatskundliche Wissen der Jugendlichen in der Schweiz höchstens als mässig eingestuft werden kann. Staatskundliches Wissen ist zwar Bestandteil der politischen Mündigkeit, politisches Interesse jedoch keine automatische Folge hohen Wissens. Vielmehr steht die politische Aktivität Jugendlicher in einem engen Zusammenhang mit der Einschätzung und Überzeugung, etwas bewirken zu können. Bildungsinstitutionen können zum Aufbau einer positiven Einschätzung der eigenen Fähigkeiten beitragen. Es wird vermutet, dass Möglichkeiten, den Schulalltag mitzugestalten und teilweise mitzubestimmen, die Selbsteinschätzung positiv beeinflussen. Wie weit Mitbestimmungserfahrungen die Entwicklung politischer Kompetenzen erhöhen, bedarf wissenschaftlicher Abklärungen.

Die Gründe für politisches Interesse bzw. Desinteresse sind im Allgemeinen noch ungenügend erforscht oder pädagogisch überdacht. Mangels gesicherter Erkenntnisse, wie das Interesse der Jugendlichen an Politik erhöht werden kann, sind zurzeit keine konkreten Massnahmen geplant.

Die politische Bildung ist Gegenstand verschiedener laufender internationaler und nationaler Studien. Die schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren hat im vergangenen Jahr einen Bericht zur politischen Bildung in der Schweiz veröffentlicht. Eine besondere Zürcher Studie ist zurzeit nicht angezeigt.

Der Schwerpunkt des eigentlichen Staatskundeunterrichts liegt richtigerweise in der Sekundarstufe II, da in dieser Entwicklungsphase der Heranwachsenden das Interesse an Politik zunimmt und die Analysekompetenz sich vergrössert. In der Volksschule werden Grundlagen für die staatsbürgerliche Mündigkeit gelegt.

Die Kompetenz, den Lehrplan für die Volksschule zu bestimmen, liegt beim Bildungsrat. Dieser hat im gültigen Lehrplan für die Volksschule des Kantons Zürich von 1991 Ziele und Inhalte der politischen Bildung festgelegt. Ausserdem gehören gemäss Lehrplan z. B. die Diskursfähigkeit und der Umgang mit Dissens zu den übergeordneten Zielen und didaktischen Grundsätzen. In verschiedenen TaV-Schulen werden Formen der Schülerinnen- und Schülerpartizipation umgesetzt.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Bildungsdirektion.

Vor dem Regierungsrat  
Der Staatsschreiber:  
**Husi**